



**Ökumenisches Netz  
Rhein – Mosel – Saar e.V.**

Pfarrer-Werner-Mörchen-Str. 1  
56564 Neuwied  
Tel. 0 26 31 – 35 41 40  
Fax 0 26 31 – 35 41 41  
E-Mail [oekumenisches.netz@t-online.de](mailto:oekumenisches.netz@t-online.de)  
[www.oekumenisches-netz.de](http://www.oekumenisches-netz.de)

Ök. Netz, Pfr.-Werner-Mörchen-Str. 1, 56564 Neuwied

**Herrn Innenminister Karl Peter Bruch  
Ministerium des Inneren u.f. Sport  
Wallstr. 3  
55122 Mainz**

Polch, den 11. November 2006

Sehr geehrter Herr Innenminister,

aufs Schärfste verurteilt die Netzversammlung des Ökumenischen Netzes Rhein Mosel Saar die Abschiebung der kurdischen Familie Yildirim aus dem Koblenzer Kirchenasyl.

Unter der Gewalt eines Polizeieinsatzes wurden in Koblenz geborene und aufgewachsene Kinder mit ihren Eltern aus der Kirche geschafft und von den bereitstehenden Polizeiwagen abtransportiert. In dieser Abschiebung sehen wir eine brutale und gnadenlose Aktion des Staates gegen eine Hilfe und Schutz suchende Familie. Viele haben erlebt, wie eine verzweifelte Familie mit staatlicher Gewalt aus ihrer Mitte gerissen und in einen Staat verschleppt wurde, in dem Menschen misshandelt und gefoltert werden. Sie mussten ohnmächtig mit ansehen, wie der staatliche Machtapparat weder vor der Unantastbarkeit der Würde von Menschen noch vor der Unantastbarkeit eines sakralen Raumes zurückschreckte und nicht bereit war, Grenzen seiner Macht zu akzeptieren. Ältere Mitbürger erinnerten sich, wie Menschen im Nationalsozialismus aus der Mitte ihrer Umgebung verschwanden und gewaltsam wegtransportiert wurden. Diese Zusammenhänge rechtfertigen auch die Verwendung des Wortes Deportation. Wo solches durch den Staat geschieht, werden Ängste, schlimme Befürchtungen, aber auch der Wille zu entschiedenem Widerspruch und Widerstand wach.

Wenn nicht einmal mehr die sakralen Räume einer Kirche schwache und wehrlose Menschen schützen können, wird deutlich, wie es um die Würde von Menschen und die Humanität in unserem Staat bestellt ist. Ohne Gnade – aber in der Sicht der Behörden formaljuristisch korrekt – wurde Unrecht exekutiert und das Leben einer Familie zerstört. Dafür tragen Sie politisch und moralisch Verantwortung.

Mit dem Bruch des Kirchenasyls haben Sie ein Tabu gebrochen und eine Jahrtausende alte Menschheitstradition verletzt. Früher Tempel - heute Kirchen, Moscheen und Synagogen – sind

als religiöse Orte zugleich Schutzräume für Menschen in Not. Christliche Kirchen verstehen sich als sakrale Räume. Der heilige Raum ist unantastbar und steht für die Unantastbarkeit des Lebens. Deshalb markiert er eine Grenze staatlicher Macht und ist ihrem Zugriff entzogen. Zugleich schützt dieser Raum die Unantastbarkeit des Lebens bedrohter Menschen.

Christlich gesprochen konkretisiert sich hier die Erfahrung, dass Nächstenliebe und Gottesliebe nicht zu trennen sind. Deshalb bietet das Haus Gottes, die Kirche, Schutz für bedrohte, verfolgte, schwache und entrechtete Menschen. Wenn ein Staat diesen heiligen Bereich nicht mehr achtet und ihn schamlos entweicht, empört und erschreckt uns dies zugleich. Der staatliche Übergriff auf das Kirchenasyl symbolisiert: Dem Staat ist nichts mehr heilig - weder ein sakraler Raum noch das Leben von Menschen. Darin wird eine gefährliche Tendenz zur Totalisierung staatlicher Macht deutlich, der wir entschieden widersprechen und widerstehen müssen.

Die vom Innenministerium und der Stadt Koblenz vorgetragenen Rechtfertigungen überzeugen uns in keiner Weise. Selbst wenn der Vorwurf rechtlich nicht korrekten Verhaltens der Familie Yildirim im Rahmen des Asylverfahrens zu recht bestände, wäre dies keine Rechtfertigung für die Abschiebung und den Bruch des Kirchenasyls. Auch Menschen, die gegen Recht verstoßen haben, dürfen nicht in ein Land abgeschoben werden, in dem ihnen Gefahr für Leib und Leben bis hin zur Folter droht. Und schon gar nicht dürfen Kinder für einen möglichen Rechtsbruch ihrer Eltern bestraft werden.

Die Berufungen auf den Rechtsstaat und die formaljuristisch korrekte Durchführung der Abschiebung machen deutlich, wie sehr Recht zum Unrecht werden kann. Seit den letzten Jahrzehnten werden die Schutz- und Asylrechte für Flüchtlinge in Deutschland und Europa immer rabiater abgebaut. Errichtet wird eine Festung Europa mit einem systematischen Abwehrschirm gegen die Not von Menschen. Statt Schutz zu gewähren baut der Rechtsstaat ein polizeilich und militärisch gesichertes Abwehrsystem auf. Flüchtende werden rechtlich als Sicherheitsrisiko, nicht als Menschen behandelt. Bei der Durchsetzung von Verschärfungen der Maßnahmen gegen Flüchtlinge spielt die Bundesrepublik Deutschland eine Vorreiterrolle. Das Vorgehen gegen das Koblenzer Kirchenasyl macht genau diese Rolle des Rechtsstaates deutlich. Damit ist das Kirchenasyl keine im Rechtsstaat überholte Institution, sondern im wörtlichen Sinn sozial und politisch NOT-WENDIG.

Bestürzt mussten wir erleben, wie Politiker bei der Durchsetzung der rechtlichen Verschärfungen gegen Ausländer, vor allem bei der Änderung des Grundrechts auf Asyl, immer wieder Menschen, die Hilfe und Schutz suchen, pauschal unter den Verdacht des „Missbrauchs“ gestellt haben. Die Behörden zögerten nicht, auch im Fall der Familie Yildirim zu diesen Mitteln zu greifen. Damit aber war das Arsenal der Verdächtigungen und Diffamierungen noch nicht erschöpft. Geradezu propagandistisch wurde die vermeintliche Unmenschlichkeit, Kinder in der Türkei zurück gelassen zu haben, ausgeschlachtet und mit Kostenaufrechnungen für den Aufenthalt der Familie in unverantwortlicher Weise öffentlich Stimmung gemacht. So werden Opfer zu Tätern gestempelt und mit dem Etikett ‚Missbrauch‘ kriminalisiert. Dieser Mechanismus greift nicht nur gegen Ausländer, sondern auch gegen Arbeitslose und Arme mit deutscher Staatsangehörigkeit. Bedient und verstärkt

wird damit eine rechtsextreme Stimmung, die sich – wie die jüngst veröffentlichte Studie der Friedrich Ebert Stiftung belegt - bis weit in die Mitte der Gesellschaft ausbreitet.

Wir werden uns weiter kritisch mit der Politik von Abschottung und Repression gegen Flüchtlinge ebenso wie mit den politisch-ökonomischen Strukturen auseinandersetzen, die Menschen systematisch das Recht auf Leben nehmen und sie in die Migration treiben. Zugleich werden wir das Schicksal der Familie Yildirim weiter verfolgen. Nach unseren bisherigen Informationen wurde die Familie in Istanbul auseinander gerissen. Ali Yildirim wurde festgenommen und dann ohne Pass wieder freigelassen und ist nach seiner Freilassung von einer Schlägergruppe verprügelt worden. Er scheint untergetaucht. Auf ihn wartet eine Verhandlung vor dem Schwerstrafgericht in Dijarbakir wegen Beleidigung des Militärs und Entfremdung der Bevölkerung vom Militär. Dieser Tatbestand fällt unter die neuen Anti-Terror-Gesetze, die eine wesentliche Verschärfung der Repression darstellen. Danach kann z.B. sowohl ein Kritiker als auch ein Zuhörer für Kritik am türkischen Staat schwer bestraft werden. Es ist zudem möglich, einen Verdächtigen sechs Monate lang ohne anwaltlichen Kontakt fest zu halten.

Frau Yildirim lebt mit ihren Kindern bei Verwandten. Was die Trennung vom Vater für die Kinder und die Trennung von ihrem Ehemann für Frau Yildirim bedeutet, ist kaum zu ermessen – erst recht nach der vor allem für die Kinder traumatisierenden Erfahrung der Abschiebung und angesichts der Neuorientierung in einem Land, das ihnen völlig fremd ist.

Für das Schicksal dieser Menschen tragen Sie Verantwortung. Seit dem Bruch des Koblenzer Kirchenasyls kann von einer liberalen und humanen Ausländerpolitik in Rheinland-Pfalz nicht mehr gesprochen werden.

Wir sind - ebenso wie zahlreiche Gruppen und Einzelpersonen – immer wieder mit der Forderung nach Abschiebestopp und Bleiberecht für die Familie an Sie herangetreten. Viele Briefe blieben bis heute unbeantwortet. Statt dessen schritten Sie zur Abschiebung aus dem Kirchenasyl. Ihr Verhalten in dieser Angelegenheit, bei der es um das Leben einer ganzen Familie geht, ist ein einziger Skandal und lässt für die Zukunft Schlimmes befürchten..

Im Namen der Netzversammlung des Ökumenischen Netzes Rhein Mosel Saar,  
mit freundlichen Grüßen,

Dr. Sabine Ferenschild  
(Geschäftsführerin)